



---

**Dokumentation**

---

**Steinkohletagebau in Kolumbien**  
Menschenrechtliche Aspekte

## Steinkohletagebau in Kolumbien<sup>1</sup>

### Menschenrechtliche Aspekte

Aktenzeichen:	WD 2 - 3000 - 022/23
Abschluss der Arbeit:	5. April 2023 (zugleich letzter Zugriff auf Internetlinks)
Fachbereich:	WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

---

<sup>1</sup> Sofern sich die Hyperlinks in den Fußnoten nicht durch einen Klick öffnen lassen, wird empfohlen, die Links in die Zwischenablage zu kopieren und in den Browser einzufügen.

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Sicherheitslage in La Guajira und Cesar</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Geschlechtsspezifische Gewalt in La Guajira und Cesar</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Vertreibung, illegale Landaneignung, Umsiedlung und Enteignung</b>	<b>7</b>
<b>5.</b>	<b>Studien zu Auswirkungen des Tagebaus in Kolumbien</b>	<b>9</b>
<b>6.</b>	<b>Gerichtliche Verfahren und (juristische) Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen</b>	<b>12</b>
6.1.	Urteile zu menschen- und umweltrechtlichen Belangen	13
6.1.1.	Beispiel: Umsiedlung der Bevölkerung von Tabaco	13
6.1.2.	Beispiel: Gesundheitsprobleme von Moises Guette Uriaana	14
6.1.3.	Beispiel: Umleitung des Flusses „Arroyo Bruno“	14
6.1.3.1.	Verfassungsgerichtsurteil	15
6.1.3.2.	Investitionsschutzklage der Unternehmen	16
6.2.	Aufarbeitung von paramilitärischer Gewalt	17
6.3.	Bemühungen des Minenbetreibers zur Verminderung von negativen Auswirkungen in jüngerer Vergangenheit	19
6.4.	Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen auf supranationaler Ebene	20
6.4.1.	Interamerikanische Kommission für Menschenrechte	20
6.4.2.	OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen	21
6.4.3.	Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169)	23
6.4.4.	Abkommen von Escazú	24
<b>7.</b>	<b>Einhaltung des Rechts auf Konsultation</b>	<b>25</b>
<b>8.</b>	<b>Übernahme von Ewigkeitskosten durch kohlefördernde Unternehmen</b>	<b>25</b>
<b>9.</b>	<b>Fazit</b>	<b>26</b>

## 1. Einleitung

**Kolumbien** ist eines der **gefährlichsten Länder der Welt für Menschenrechtsverteidiger**.<sup>2</sup> Zwischen 2016 und 2019 wurden laut Angaben von Human Rights Watch 400 Menschenrechtsverteidiger in Kolumbien getötet.<sup>3</sup> Auch Amnesty International berichtet für das Jahr 2022 von Angriffen und Drohungen gegen Menschenrechtsverteidiger, insbesondere gegen solche, „die sich für Land- und Territorialrechte sowie für Umweltschutz einsetzen.“<sup>4</sup> Die insbesondere für indigene Aktivisten, Gewerkschaftler und Menschenrechtsverteidiger angespannte Sicherheitslage ist Folge des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts, die organisierte Kriminalität und einer Abhängigkeit der Wirtschaft von fossilen Energien.<sup>5</sup>

Besondere **Relevanz für die kolumbianische Wirtschaft hat die Kohleförderung**. Einer der größten Steinkohletagebaue der Welt ist die Cerrejón-Mine in La Guajira.<sup>6</sup> Dort wird seit Ende des letzten Jahrhunderts Steinkohle von internationalen Unternehmen gefördert. Zu diesem Zeitpunkt waren die linken Guerilla-Gruppen, FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, deutsch: Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) und ELN (Ejército de Liberación Nacional; deutsch: Nationale Befreiungsarmee), in dem Gebiet aktiv und erpressten, entführten und ermordeten u.a. ökonomische Eliten. Daraufhin engagierten diese Eliten zunächst eigene Sicherheitskräfte und als diese sich nicht gegen die linken Guerilla-Gruppen durchsetzen konnte, Paramilitärs.<sup>7</sup> Diese Paramilitärs verübten wiederum schwere Menschenrechtsverletzungen, unter anderem auch gegen Gewerkschaftler, die Arbeiter in den internationalen Kohleunternehmen organisierten,<sup>8</sup> sowie gegen Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger. Um diese Gewaltspirale zu durchbrechen, hat der im Sommer des letzten Jahres neu gewählte Präsident Gustavo Petro sein Streben nach „totalem Frieden“ angekündigt. Für diesen ist er bereit, Verhandlungen mit Paramilitärs, Guerilla-Gruppen und Drogenkartellen, die ebenfalls für einen Teil der Gewalt verantwortlich sind, zu führen. Inwieweit sich Petros Vision vom „totalen Frieden“ realisieren lässt, wird maßgeblich von der Mitwirkungsbereitschaft der verschiedenen bewaffneten Gruppen abhängen.<sup>9</sup>

Neben der prekären Sicherheitslage in La Guajira und Cesar (Ziff. 2) existieren auch Probleme im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt (Ziff. 3) und (Zwangs)umsiedlungen (Ziff. 4). Zudem gibt es zahlreichen Studien, die negative Auswirkungen des Kohleabbaus auf die Umwelt, den Zugang zu sauberem Wasser und die Gesundheit der dortigen Bevölkerung nahelegen

---

2 Business & Human Rights Resource Centre, [Business and human rights defenders in Colombia](#), Juni 2021, S. 4.

3 Human Rights Watch, [Left Undefended](#), 10. Februar 2021.

4 Amnesty International, [Kolumbien 2022](#), 28. März 2023.

5 Business & Human Rights Resource Centre, [Business and human rights defenders in Colombia](#), Juni 2021, S. 4.

6 *González Pazos*, [Wie Steinkohle das Leben in Kolumbien verfinstert](#), *amerika21*, 24. April 2022.

7 *Moor & van de Sandt*, [The Dark Side of Coal](#), Pax, Juni 2014, S. 44 f.

8 *Cleek et al.*, [3 Union Leaders Were Shot Dead and Colombia Says an American Company Financed Their Killers](#), *Vice*, 21. April 2021.

9 Wissenschaftliche Dienste, [Aktueller Begriff Kolumbien nach den Wahlen von Gustavo Petro](#), Nr. 13/22, 7. Oktober 2022.

(Ziff. 5). Aufgrund dieser diversen Probleme wird auf verschiedenen Ebenen versucht, die Unternehmen sowie den kolumbianischen Staat zur Rechenschaft zu ziehen. Dies wird unter Ziff. 6 näher erläutert. Anschließend werden die Einhaltung des Rechts auf Konsultation (Ziff. 7) und die Übernahme von Ewigkeitskosten durch kohlefördernde Unternehmen (Ziff. 8) beleuchtet.

Da **Wirtschafts-, Regierungs- und zivilgesellschaftliche Akteure teilweise unterschiedliche Wahrnehmungen** von Sachverhalten zu haben scheinen, wird im Folgenden regelmäßig deutlich gemacht, wer bestimmte Informationen oder Einschätzungen zur Verfügung gestellt hat, ohne dass diese einer Bewertung unterzogen werden.

## 2. Sicherheitslage in La Guajira und Cesar

Die **Sicherheitslage in Kolumbien** ist generell und insbesondere für **Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten prekär**.<sup>10</sup> Dies gilt auch für die derzeitige<sup>11</sup> Situation im Bergbaugebiet in La Guajira.<sup>12</sup> Gemeindeglieder, sog. „Líderes Sociales“, Menschenrechtsverteidiger, Mitglieder von Organisationen ethnischer Gruppen sowie Gewerkschaftler werden regelmäßig bedroht und ermordet.

Der kolumbianischen NGO „indepaz“ zufolge wurden **allein im Jahr 2022 189 Gemeindeglieder und Menschenrechtsaktivisten** ermordet, davon **drei in La Guajira**.<sup>13</sup> Einer davon ist Gemeindeführer Javier Gámez Hinojosa, der im Dezember 2022 erschossen wurde. Zur Aufklärung dieses Verbrechens wurde der Zeitschrift „Semana“ zufolge eine Belohnung von 20 Millionen Pesos ausgesetzt.<sup>14</sup> Im März 2023 wurde der Gemeindeführer Néstor Yesid Martínez, der seit mehr als 20 Jahren in der Zweigstelle des Büros des Ombudsmanns in La Guajira gearbeitet hatte, ermordet.<sup>15</sup> Auch in den Jahren zuvor war es in La Guajira zu Morden an Gemeindeführern gekommen.<sup>16</sup> Zudem werden **Führungspersönlichkeiten und ihre Familien – oft bevor sie tatsächlich getötet werden – bedroht**.<sup>17</sup> NTV zufolge sagte der indigene Aktivist Luís Misael Socarrás vom Volk der Wayúu: „Ich habe keine Angst um mein Leben, sondern um das meiner Familie“.<sup>18</sup> Mitglieder der indigenen Frauenorganisation „Fuerza de Mujeres Wayúu“, die in La Guajira gegen die negativen Auswirkungen des Bergbaus mobilisieren, erhielten ebenfalls Todesdrohungen, auch in Bezug auf Familienmitglieder.<sup>19</sup>

---

10 Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien, [Factsheet Kolumbien](#), März 2022.

11 Zur Aufarbeitung der paramilitärischen Gewalt in der Vergangenheit siehe 6.2.

12 Breuer, [Kohle-Bergbau in Kolumbien – zu welchem Preis?](#), Misereor Blog, 5. April 2017.

13 indepaz, [Líderes sociales, defensores de DD.HH y firmantes de acuerdo asesinados en 2002](#), 31. Dezember 2022.

14 Semana, [Millonaria recompensa para esclarecer asesinato de reconocido líder social en La Guajira](#), 16. Dezember 2022.

15 Infobae, [Van 5 líderes sociales asesinados en marzo: un indígena y un funcionario de la Defensoría del Pueblo, víctimas recientes](#), 16. März 2023.

16 Breuer, [Kohle-Bergbau in Kolumbien – zu welchem Preis?](#), Misereor Blog, 5. April 2017;

17 Lateinamerika Nachrichten, [Kugelsichere Westen helfen nicht](#), 6. März 2022; El País Vallento, [‘Líderes sociales en el Cesar y La Guajira siguen siendo perseguidos’: PDPC](#), 19. Oktober 2022.

18 NTV, ["Blutige Kohle" aus Kolumbien soll Deutschland helfen](#), 27. Mai 2022.

19 Tapias Torrado, [Overcoming Silencing Practices: Indigenous Women Defending Human Rights from Abuses Committed in Connection to Mega-Projects: A Case in Colombia](#), in: Business and Human Rights Journal (2022), 7, 29–44 (43).

### 3. Geschlechtsspezifische Gewalt in La Guajira und Cesar

Der Rechts- und Sozialwissenschaftlerin Tapias Torrado zufolge stellen die Einschüchterungsversuche gegen die Anführerinnen der „Fuerza de Mujeres Wayúu“- insbesondere die Drohungen gegen ihre weiblichen Verwandten – eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt dar.<sup>20</sup> Der Autor Bantli berichtete zudem in einem 2014 in Buchform erschienenen Reisebericht, dass im Kohletagebau viele Arbeitnehmer von außerhalb beschäftigt würden. Diese Mienenarbeiter würden sich ihre Wäsche von alleinerziehenden Frauen waschen lassen und zwingen deren Töchter, wenn diese die Wäsche zurückbrächten, regelmäßig zum Geschlechtsverkehr.<sup>21</sup>

### 4. Vertreibung, illegale Landaneignung, Umsiedlung und Enteignung

Bantli zufolge gab es in Kolumbien im Zeitraum 1985 bis 2012 aufgrund von Gewalt und Krieg zwischen 4,9 und 5,7 Millionen intern Vertriebene.<sup>22</sup> Bantli führt dazu aus:

„Hinter einer Landvertreibung stehen in der Regel politische und wirtschaftliche Interessen. Es gibt eine eindeutige Korrelation zwischen Vertreibung, Menschenrechtsverletzungen und dem Abbau von Bodenschätzen.“<sup>23</sup>

Auch im Zusammenhang mit dem **Steinkohlebergwerk in El Cerrejón berichten Betroffene von gewaltsamer Vertreibung und unfreiwilligen Umsiedlungen**, wobei die Kohleunternehmen und die Bevölkerung häufig unterschiedliche Wahrnehmungen bezüglich der Umsiedlungsprozesse haben.<sup>24</sup> Verschiedene Nichtregierungsorganisationen prangern seit über zwei Jahrzehnten die gewaltsame Vertreibung eines Teils der Bevölkerung von Tabaco und die Nichtumsetzung diesbezüglicher Gerichtsurteile (siehe dazu 6.1.3.) an.<sup>25</sup> Die Nachwuchswissenschaftlerin Gilbertson schreibt in ihrer Doktorarbeit zudem über die durch die kolumbianische Regierung wegen andauernder Umweltverschmutzung verfügten unfreiwilligen Umsiedlungen der Gemeinschaften von

---

20 Tapias Torrado, [Overcoming Silencing Practices: Indigenous Women Defending Human Rights from Abuses Committed in Connection to Mega-Projects: A Case in Colombia](#), in: Business and Human Rights Journal (2022), 7, 29–44 (43).

21 Bantli, Bodenschätze: Landvertreibung, Eine Reise nach Kolumbien, 2014, S. 87.

22 Bantli, Bodenschätze: Landvertreibung, Eine Reise nach Kolumbien, 2014, S. 134.

23 Bantli, Bodenschätze: Landvertreibung, Eine Reise nach Kolumbien, 2014, S. 134.

24 Niebank & Ultu, [Schutzlücken schließen - Transnationale Zusammenarbeit zu Menschenrechten am Beispiel Kohleabbau in Kolumbien](#), Deutsches Institut für Menschenrechte, September 2017, S. 15 f.

25 Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), [Human rights violations committed by transnational corporations in Colombia](#), 11. November 2007; Suhner, [Nach gewaltsamen Vertreibungen wegen Bergbau in Kolumbien](#), amerika21, 12. August 2017.

Boquerón, El Hatillo und Plan Bonito im Jahr 2010, gegen die sich die Kohleunternehmen, die für die Umsiedlung finanziell aufkommen sollten, zunächst zur Wehr setzten.<sup>26</sup>

Diese Ereignisse stehen exemplarisch für eine Vielzahl von Berichten über Vertreibungen, (zwangsweisen) Umsiedlungen und damit im Zusammenhang stehenden Problemen.<sup>27</sup>

Das Problem der Vertreibung wurde auch vom **kolumbianischen Gesetzgeber** erkannt und es besteht **eine (jedenfalls theoretische) Möglichkeit für Menschen, die im Zeitraum 1. Januar 1991 bis zum 10. Juni 2021 vertrieben worden sind, ihre Grundstücke zurückzuerhalten**, selbst wenn sie über keine gültigen Papiere bezüglich der Grundstücke verfügen.<sup>28</sup>

Von der gewaltsamen Vertreibung ist die **legale Enteignung** zu unterscheiden. Nach Informationen aus dem Auswärtigen Amt (im Folgenden: AA) ist die Enteignung in Artikel 58 des Gesetzes 388 von 1997<sup>29</sup> geregelt. Die **Enteignung für den Bergbau ist zulässig**, weil es sich beim Bergbau (wie bei der Ölindustrie, bei Verkehrsinfrastrukturprojekten und Energieprojekten) um Tätigkeiten von öffentlichem Nutzen und sozialem Interesse handelt. Dies ist im Bergbaugesetzbuch (Gesetz 685 von 2001 Artikel 13 und Artikel 186)<sup>30</sup> geregelt. Die Vorschriften zur Enteignung spezifizieren den Art. 58 der kolumbianischen Verfassung und den Art. 21 der amerikanischen Menschenrechtskonvention (AMRK), die die soziale Funktion des Eigentums sowie die vorherige Entschädigung im Falle einer Enteignung vorschreiben.<sup>31</sup> Die **Entschädigung für die Enteignung** ist im Gesetz 388 von 1997 in den Artikeln 62 bis 72 geregelt.<sup>32</sup> Das Auswärtige Amt führt hierzu aus:

**„Die Enteignungsgesetze werden nach Kenntnis des Auswärtigen Amts eingehalten**, d.h. für eine Enteignung muss das in den [...] Gesetzen festgelegte Verfahren eingehalten werden; die Enteignung kann auf dem Verwaltungs- oder Gerichtsweg erfolgen. Die Höhe der Entschädigung im Falle einer Enteignung wird im Verwaltungsverfahren festgelegt.

**Allerdings ermittelt die Justiz derzeit in Fällen von direkten Käufen, nicht von Enteignungen, von Privatpersonen oder Unternehmen, die in der Vergangenheit durch Druck von paramilitärischen**

---

26 Dazu weiterführend: *Gilbertson*, [Compensating for Development at the In-between and Edges of Extractive Capitalism: Socionature and Capitalism: Socionature and Culture and Cultural Erasure in the in the Northeast Caribbean Colombian Coal Mining Region](#), University of Tennessee, *Doctoral Dissertations*, August 2020, S. 125 ff.; zur Darstellung von Drummond Ltd.: Drummond Ltd. Colombia, [Resettlement Processes of Plan Bonito, El Hatillo and Boquerón](#).

27 Siehe z.B.: *Solly*, [Stop forced displacements by Cerrejon Coal in Colombia!](#), *Ecologist*, 3. Dezember 2014; *Kolko e. V.*, [Public Statement: violent Displacement in la Guajira in the Interest of Cerrjón Coal](#), 25. Februar 2016.

28 Dazu weiterführend: Ministerio de Agricultura y Desarrollo Rural, [Restitución de Tierras](#).

29 Estado Colombiano, [Ley 388 de 1997](#).

30 Estado Colombiano, [Ley 685 de 2001](#).

31 Informationen von Auswärtigen Amt (AA) vom 4. April 2023.

32 Informationen von Auswärtigen Amt (AA) vom 4. April 2023; Estado Colombiano, [Ley 388 de 1997](#).



**Gruppen Land zu sehr niedrigen Preisen von den Eigentümern gekauft haben.** In Cesar geschah das insbesondere **zwischen 1996 und 2006**. Viele von diesen Grundstücken wurden und werden möglicherweise immer noch für den Bergbau genutzt.

Zusätzlich zu den erwähnten laufenden Ermittlungen gibt es bereits ein Urteil, das den multinationalen Konzern Glencore-Prodeco (Cesar) zur Rückgabe eines Grundstücks verpflichtet.<sup>33</sup>

## 5. Studien zu Auswirkungen des Tagebaus in Kolumbien

In Bezug auf die **Kohlebergbauaktivitäten** in Kolumbien wird sowohl von Seiten der Wissenschaft als auch von NGOs berichtet, dass sich diese stark auf die **Umwelt, die Gesundheit der Menschen und den Zugang der Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser** auswirken.<sup>34</sup> Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang auch, **dass UN-Menschenrechtsexperten im Jahr 2020 aufgrund der negativen Auswirkungen des Bergbaus auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen einen Bergbaustopp in El Cerrejón gefordert haben.**<sup>35</sup>

Bei den Bergbauaktivitäten in den Regionen La Guajira und Cesar wurde in verschiedenen Studien untersucht, inwiefern die Aktivitäten eine Belastung für Mensch und Umwelt darstellen. Einige Studien beschäftigen sich mit Verunreinigungen des Wassers in der Region La Guajira.<sup>36</sup> Zudem wurden Studien durchgeführt, in denen erhöhte Feinstaubbelastungen in der Luft nahe El Cerrejón nachgewiesen werden konnten.<sup>37</sup> Außerdem sind die verminderte Luft- und Wasserqualität sowie andere Faktoren des Kohlebergbaus und deren Zusammenhang mit der Gesundheit

---

33 Informationen von Auswärtigen Amt (AA) vom 4. April 2023.

34 Vgl. *Avilés*, [The Wayúu tragedy: death, water and the imperatives of global capitalism](#), in: Third World Quarterly, Vol. 40, No. 9 2019, S. 1750-1766 (1750); vgl. kolko e.V. – Menschenrechte für Kolumbien, [Steinkohle-Bergbau in Kolumbien – Factsheet der Deutschen Menschenrechts-Koordination Kolumbien \(MRKK\)](#).

35 United Nations. [UN expert calls for halt to mining at controversial Colombia site](#), 28. September 2020.

36 Zur Wasserqualität in La Guajira siehe: *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019 bzw. *Armando Campos/Philippe*, [Monitoring and assessment of polluting metals in the southeastern mining-impacted region of La Guajira, Colombia](#), Institute of Environmental Sciences, University of Koblenz-Landau, November 2017; *Guerrero Guevara et al.*, [Informe Especial del CINEP / Programa por la Paz – Minería, conflictos agrarios y ambientales en el sur de La Guajira](#), CINEP, Mai 2016.

37 Siehe Studienbericht von *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, der u.a. Verweise folgende Untersuchung beinhaltet: *Armando Campos/Philippe*, [Monitoring and assessment of polluting metals in the southeastern mining-impacted region of La Guajira, Colombia](#), Institute of Environmental Sciences, University of Koblenz-Landau, November 2017.

der Minenarbeiter und der ansässigen Bevölkerung untersucht worden.<sup>38</sup> Im Folgenden sollen **einige dieser Studien beispielhaft aufgegriffen** werden, ohne dass eine abschließende Darstellung oder eine Bewertung der Qualität der Studienergebnisse erfolgt.

Zu den Auswirkungen des Kohlebergbaus auf die Wasserqualität hat die **Organisation „indepaz“ in Kooperation mit der Universidad de Cartagena und der Universität Koblenz-Landau mehrere Untersuchungen** durchgeführt, in denen Sedimente und Wasserproben von Flüssen und Brunnen nahe El Cerrejón hinsichtlich verschiedener Parameter sowie Metallvorkommen analysiert wurden.<sup>39</sup> Ein 2019 von „indepaz“ veröffentlichter Studienbericht hält die Ergebnisse der Untersuchungen fest.<sup>40</sup> Daraus geht zunächst hervor, dass in mehreren analysierten Trinkwasserquellen erhöhte Bakterienwerte gemessen wurden, die über den in der Resolución 2115 de 2007<sup>41</sup> festgelegten Werten liegen.<sup>42</sup> Dem Studienbericht zufolge wurde zudem festgestellt, dass im Fluss Ranchería verschiedene Metalle, darunter Blei, Cadmium, Barium, Mangan, Eisen und Zink, in einer Menge gemessen wurden, die die gesetzlichen Höchstwerte überschreitet.<sup>43</sup> Die Spitzenwerte bestimmter Messungen wurden zudem teilweise an den Orten festgestellt, an denen das Unternehmen Carbones del Cerrejón Rechte zur Einleitung ihres Brauchwassers hat.<sup>44</sup> Im Studienbericht wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass sich die Kontamination des Flusses Ranchería nicht ausschließlich auf den Bergbau zurückführen lässt.<sup>45</sup> Zur mangelnden Qualität des

- 
- 38 Zu gesundheitlichen Auswirkungen für die Region La Guajira: *Rodríguez A./Vega Vargas*, [Carbón Tóxico – Daños y riesgos a la salud de trabajadores mineros y población expuesta al carbón](#), Sintracarbón/Fundación Rosa Luxemburg, Oktober 2018; Zu gesundheitlichen Auswirkungen für die Region Cesar: *Cabarcas-Montalvo et al.*, [Genotoxic effects in blood cells of Mus musculus and Iguana iguana living near coal mining areas in Colombia](#), in: Science of The Total Environment, Vol. 416, 2012, S. 208-214.
- 39 *Armando Campos/Philippe*, [Monitoring and assessment of polluting metals in the southeastern mining-impacted region of La Guajira, Colombia](#), Institute of Environmental Sciences, University of Koblenz-Landau, November 2017, S. 7.
- 40 Siehe *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019.
- 41 Die Resolución 2115 de 2007 wurde von den kolumbianischen Ministerien für Sozialschutz sowie für Umwelt, Wohnungsbau und territoriale Entwicklung verabschiedet und dient der Festlegung von grundlegenden Parametern, etwa bestimmter Merkmale oder der Häufigkeit von Kontrollen, die für die Qualität von Trinkwasser in Kolumbien gelten sollen, vgl. [Resolución 2115 de 2007](#).
- 42 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 65.
- 43 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 124.
- 44 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 124.
- 45 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minería de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 123.

Brunnenwassers wird ferner dargelegt, dass sich keine direkte Kausalität zwischen den gesamten Daten und etwaiger Bergbautätigkeiten herstellen lässt.<sup>46</sup>

Neben der Analyse des Wassers wertet der Bericht auch von Carbones del Cerrejón selbst gemeldete Daten zur Luftqualität aus und zeigt auf, dass die Feinstaubbelastung in der Region um El Cerrejón im Untersuchungszeitraum sehr hoch war.<sup>47</sup> Zudem wird im Bericht darauf hingewiesen, dass die Angaben von Carbones del Cerrejón zur Feinstaubbelastung teilweise wesentlich unter den Werten lagen, die die Umweltbehörde „Corpoguajira“ in denselben Gebieten gemessen hatte.<sup>48</sup>

Als Reaktion auf diese Studien hat Carbones del Cerrejón eine Antwort verfasst, die dem Bericht angehängt ist.<sup>49</sup> Darin stellt das Unternehmen vor allem die Untersuchungsmethoden und Ausstattung in Frage, die für die Durchführung der Analysen verwendet wurden.<sup>50</sup>

Auch die **kolumbianische Organisation CINEP hat verschiedene Studien durchgeführt**, die sich mit den Auswirkungen von El Cerrejón auf die Wasserqualität des Flusses Ranchería und seiner Nebenflüsse beschäftigt haben.<sup>51</sup>

Ein **Studienbericht der kolumbianischen Kohlegewerkschaft Sintracarbón und der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus dem Jahr 2018** fasst mehrere wissenschaftliche Studien über die gesundheitlichen Risiken, denen Minenangestellte und die Bevölkerung durch den Kohlebergbau in Kolumbien ausgesetzt sind, zusammen.<sup>52</sup>

Ein weiterer **Bericht aus dem Jahr 2013 von dem „Contraloría General de la República“, dem kolumbianischen Rechnungshof**, beschäftigt sich mit verschiedenen Problemen im Kontext des

---

46 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minera de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 126.

47 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minera de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 124.

48 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minera de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 124. Corpoguajira ist die oberste Umweltbehörde in der Region La Guajira, siehe Corpoguajira, [Misión y Visión](#).

49 Siehe *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minera de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 133-162.

50 *Fuentes et al.*, [Si el río suena, piedras lleva – Sobre los derechos al agua y a un ambiente sano en la zona minera de La Guajira](#), indepaz, Februar 2019, S. 133 ff.

51 *Avilés*, [The Wayúu tragedy: death, water and the imperatives of global capitalism](#), in: Third World Quarterly, Vol. 40, No. 9 2019, S. 1750-1766 (1757); *Guerrero Guevara et al.*, [Informe Especial del CINEP / Programa por la Paz – Minería, conflictos agrarios y ambientales en el sur de La Guajira](#), CINEP, Mai 2016, S. 24 ff

52 *Rodríguez A./Vega Vargas*, [Carbón Tóxico – Daños y riesgos a la salud de trabajadores mineros y población expuesta al carbón](#), Sintracarbón/Fundación Rosa Luxemburg, Oktober 2018.

kolumbianischen Bergbaus.<sup>53</sup> Der Bericht stellt auch konkrete Auswirkungen des Kohlebergbaus auf die Umwelt und die Gesundheit des Menschen dar.<sup>54</sup>

## 6. Gerichtliche Verfahren und (juristische) Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen

Immer wieder sehen sich in **El Cerrejón operierende Kohleunternehmen mit Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen konfrontiert** und werden im Zusammenhang mit diesen Vorwürfen auch juristisch belangt. Ein Teil der Vorwürfe steht in direktem Zusammenhang mit dem Kohleabbau und betrifft etwa die verursachten **Umweltauswirkungen oder Umsiedlungen**. Viele Urteile kolumbianischer Gerichte sind hierzu bereits ergangen. Die Durchsetzung der Urteile gestaltet sich jedoch häufig als schwierig (siehe dazu 6.1.). Zudem wird einigen Unternehmen vorgeworfen, dass diese in **paramilitärische Aktivitäten und in gravierende Menschenrechtsverletzungen** verwickelt gewesen sein sollen und Aufklärung hierüber verlangt (siehe dazu 6.2.). Nach den Erkenntnissen des AA ist **jedoch ein Kulturwandel bei den kohlefördernden Unternehmen** in jüngerer Zeit zu beobachten und es wird vermehrt nach Kooperationsmöglichkeiten mit der lokalen Bevölkerung gesucht (6.3.) Ferner gibt es Versuche **supranationaler Organisationen** - auf Eigeninitiative oder auf Betreiben von Betroffenen und NGOs - Menschenrechtsverletzungen aufzuklären oder sogar gegen diese vorzugehen (siehe dazu 6.4.).

Es sei in diesem Zusammenhang ebenfalls angemerkt, dass kolumbianische Gerichte sich in ihren Urteilen zum Teil auf internationale Normen beziehen. Der **Verfassungsgerichtshof** rügte sogar 2019 die **Nichteinhaltung der UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte**<sup>55</sup> und eine Verletzung der Rechte der Wayúu,<sup>56</sup> obwohl die Leitlinien für Unternehmen nicht rechtsverbindlich sind.<sup>57</sup>

---

53 Vgl. *Rico et al.*, [Minería en Colombia – Institucionalidad y territorio, paradojas y conflictos](#), Contraloría General de la República, 2013.

54 Siehe *Rico et al.*, [Minería en Colombia – Institucionalidad y territorio, paradojas y conflictos](#), Contraloría General de la República, 2013, S. 228-251.

55 Siehe: United Nations, [Guiding Principles on Business and Human Rights](#).

56 *Tapias Torrado*, [Overcoming Silencing Practices: Indigenous Women Defending Human Rights from Abuses Committed in Connection to Mega-Projects: A Case in Colombia](#), in: *Business and Human Rights Journal* (2022), 7, 29–44 (42).

57 *Ruggie*, [Die soziale Konstruktion der Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen](#), in: *Leviathan*, 46. Jg., 1/2018, S. 6 – 36 (7); *Epping*, in: Ipsen, *Völkerrecht*, 7. Aufl. 2018, § 11 Rn. 17.

## 6.1. Urteile zu menschen- und umweltrechtlichen Belangen

Insbesondere in Bezug auf die **Situation der Einwohner in der Kohlebergbauregion La Guajira sind vor nationalen Gerichten bereits viele Urteile** ergangen.<sup>58</sup> Vor dem kolumbianischen Verfassungsgericht wurden viele Verletzungen von Menschenrechten geltend gemacht, darunter Verstöße gegen das Recht auf eine intakte Umwelt, gegen das Recht auf angemessene Ernährung und Wasserversorgung und gegen das Recht auf Gesundheit bzw. Hygiene.<sup>59</sup> In einigen Fällen hat sich das Verfassungsgericht auch mit der Verletzung des Rechts indigener Gruppen auf vorherige Konsultation beschäftigt.<sup>60</sup> Darüber hinaus sind Fälle von anderen Gerichten, darunter dem kolumbianischen Obersten Gerichtshof („Corte Suprema de Justicia“), entschieden worden.<sup>61</sup> Problematisch ist jedoch, dass die Umsetzung der Urteile in vielen Fällen nicht oder nur teilweise erfolgt.<sup>62</sup>

Im Folgenden sollen **einige Fälle exemplarisch** aufgegriffen werden, um gerade auch die Hürden bei der Umsetzung von Urteilen zu menschen- und umweltrechtlichen Belangen zu veranschaulichen.

### 6.1.1. Beispiel: Umsiedlung der Bevölkerung von Tabaco

Die Schwierigkeiten bei der Umsetzung gerichtlicher Urteile zeigt beispielhaft ein Fall auf, in dem die afrokolumbianische Bevölkerung von Tabaco im Jahr 2001 Klage gegen Carbones del Cerrejón erhoben hat, nachdem **über 1.000 Menschen gewaltsam vertrieben** worden waren, um

- 
- 58 Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CAJAR) & Misereor, [Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón: Bericht über LA GUAJIRA](#), Juni 2019 oder *De los Ángeles García et al.*, [Minería a gran escala y derechos humanos: lo que el des-arroyo trajo a La Guajira](#), in: Noche y Niebla – Panorama de Derechos Humanos y Violencia Política en Colombia, No. 61, 2020, S. 58-101 (98 f.).
- 59 Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CAJAR) & Misereor, [Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón: Bericht über LA GUAJIRA](#), Juni 2019, S. 1 und ABColombia, [ABColombia profound concerns regard Cerrejon's lack of compliance with Court Rulings](#); Zum Recht auf eine intakte **Umwelt** siehe u.a. Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T614/19](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T704/16](#); zum Recht auf **Wasser** siehe u.a. Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia SU 698/17](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T704/16](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T256/15](#); zum Recht auf **Nahrungssicherheit** siehe u.a. Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia SU 698/17](#); zum Recht auf **Gesundheit** siehe u.a. Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T614/19](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia SU 698/17](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T704/16](#).
- 60 Dazu: Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T704/16](#); Corte Constitucional de Colombia, [Sentencia T-1045A/10](#).
- 61 CAJAR/CENSAT/INDEPAZ, [The Open Wounds of Coal Mining in Colombia – Impacts of the Cerrejón coal mine on the environment and population in the La Guajira department](#), 2017, S. 13 verweisen in Fn. 45 auf Sentencia de Corte Suprema de Justicia – Sala de Casación Civil y Agraria, No. T-0014-01, 7. Mai 2002.
- 62 Corporate Accountability Lab, [How to Get Away With Impunity: Cerrejón's Evasion From Accountability](#), 8. Februar 2021.

eine Erweiterung der Kohlemine zu ermöglichen.<sup>63</sup> Der kolumbianische Oberste Gerichtshof entschied im Mai 2002, dass die Menschen in Tabaco **neues Land und neu errichtete Gebäude** erhalten sollten. Doch obwohl bereits geeignetes Land gefunden und bestimmte Anweisungen zum Bau gegeben worden waren, war das Urteil dem Centre Europe – Tiers Monde zufolge im Jahr 2007 noch immer nicht umgesetzt worden.<sup>64</sup>

#### 6.1.2. Beispiel: Gesundheitsprobleme von Moises Guette Uriana

Im Fall von Moises Guette Uriana, einem Wayúu-Kind, zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Die Familie des Kindes, das seit dem Alter von sechs Monaten an **Atemwegserkrankungen** leidet, verklagte das Unternehmen Carbones del Cerrejón.<sup>65</sup> Sie forderte eine adäquate Gesundheitsversorgung sowie die Schließung der Kohlemine bis eine Untersuchung der Auswirkungen des Bergbaus auf die Gesundheit vorliegt.<sup>66</sup> Das **erstinstanzliche Gericht ordnete 2015 u.a. die Verringerung der Staub- und Gasimmissionen durch Carbones del Cerrejón und den Zugang des Patienten zu unabhängiger medizinischer Versorgung** an. Dieses Urteil wurde 2016 vom Berufungsgericht bestätigt.<sup>67</sup> Nach Angaben von einem Zusammenschluss verschiedener NGOs war das Urteil jedoch im **Jahr 2017 nur teilweise umgesetzt** worden.<sup>68</sup>

#### 6.1.3. Beispiel: Umleitung des Flusses „Arroyo Bruno“

Mit dem Rechtsstreit um die Umleitung des Flusses „Arroyo Bruno“ soll hier exemplarisch verdeutlicht werden, dass insbesondere auch aufgrund internationaler Investitionsschutzabkommen die kolumbianische Regierung in Bezug auf die Durchsetzung der Urteile kolumbianischer Gerichte zurückhaltend sein könnte.

---

63 Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), [Human rights violations committed by transnational corporations in Colombia](#), 11. November 2007.

64 Centre Europe – Tiers Monde (CETIM), [Human rights violations committed by transnational corporations in Colombia](#), 11. November 2007.

65 Vgl. etwa Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo (CAJAR) & Misereor, [Menschenrechtsverletzungen durch den Kohleabbau in El Cerrejón: Bericht über LA GUAJIRA](#), Juni 2019, S. 7.

66 CAJAR/CENSAT/INDEPAZ, [The Open Wounds of Coal Mining in Colombia – Impacts of the Cerrejón coal mine on the environment and population in the La Guajira department](#), 2017, S. 9.

67 CAJAR/CENSAT/INDEPAZ, [The Open Wounds of Coal Mining in Colombia – Impacts of the Cerrejón coal mine on the environment and population in the La Guajira department](#), 2017, S. 9.

68 CAJAR/CENSAT/INDEPAZ, [The Open Wounds of Coal Mining in Colombia – Impacts of the Cerrejón coal mine on the environment and population in the La Guajira department](#), 2017, S. 9.

### 6.1.3.1. Verfassungsgerichtsurteil

Anlass des Gerichtsverfahrens war das Vorhaben von Carbones del Cerrejón, den **Arroyo Bruno zwecks Erweiterung des Kohlebergbaus umzuleiten**.<sup>69</sup> Arroyo Bruno ist ein Flusszulauf, der rund 40.000 Menschen als Wasserquelle dient.<sup>70</sup> Das **kolumbianische Verfassungsgericht** erkannte in seinem im November 2017 ergangenen Urteil die Gefährdung der Rechte der Wayúu aufgrund der ökologischen Folgen des Bauprojektes an und ordnete, **die Aussetzung der Baumaßnahmen an**.<sup>71</sup> Es stellte fest, dass die natürliche Wasserversorgung der Wayúu kontinuierlich gesichert sein müsse und dass dies nur durch Umweltschutz und kontrollierten Rohstoffabbau erreicht werden könne.<sup>72</sup> Zudem wies das Gericht die **Einrichtung einer inter-institutionellen Arbeitsgruppe bestehend aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren an**.<sup>73</sup> Der Arbeitsgruppe wurde auferlegt, unter Beteiligung wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure innerhalb eines genauen Zeitplans die ökologischen Folgen des Bauprojektes zu evaluieren und abschließend dessen Durchführbarkeit einzuschätzen.<sup>74</sup> Eine Fortsetzung des Bauprojektes sollte nach Maßgabe des Gerichts nur im Falle eines positiven Ergebnisses hinsichtlich der Durchführbarkeit und auch nur unter der Bedingung möglich sein, dass Carbones del Cerrejón neue Maßnahmen einleitet, die die ökologischen und sozialen Auswirkungen weiter abmildern.<sup>75</sup>

Wenngleich das kolumbianische Verfassungsgericht mit dem als Meilenstein gefeierten Urteil<sup>76</sup> den Wayúu ihre Rechte zugestanden und praktische Maßnahmen veranlasst hat, hat der Organisation Dejusticia zufolge das **Verfassungsgerichtsurteil bislang keine Verbesserung der Situation in El Cerrejón** herbeiführen können.<sup>77</sup>

---

69 Global Justice Now, [Summary of Amicus Curiae to the Constitutional Court of Colombia urging implementation of decision in favour of the Wayúu Indigenous people and protection of the Bruno River affected by the Cerrejón open-pit thermal coal mine](#), September 2022.

70 Global Justice Now, [Investigating the Impact of Corporate Courts on the Ground](#).

71 Environmental Law Alliance Worldwide, [Sentence SU698/17 \(Arroyo Bruno case\), Constitutional Court of Colombia](#), 2017.

72 ABColombia, [ABColombia profound concerns regard Cerrejon's lack of compliance with Court Rulings](#).

73 Environmental Law Alliance Worldwide, [Sentence SU698/17 \(Arroyo Bruno case\), Constitutional Court of Colombia](#), 2017.

74 Environmental Law Alliance Worldwide, [Sentence SU698/17 \(Arroyo Bruno case\), Constitutional Court of Colombia](#), 2017.

75 Environmental Law Alliance Worldwide, [Sentence SU698/17 \(Arroyo Bruno case\), Constitutional Court of Colombia](#), 2017.

76 *Gómez-Betancur, Vilardy & Torres*, Ecosystem Services as a Promising Paradigm to Protect Environmental Rights of Indigenous Peoples in Latin America: the Constitutional Court Landmark Decision to Protect Arroyo Bruno in Colombia. In: *Environmental Management* 69, 2002, 768–780 (775).

77 *Madrid*, [La Guajira seis meses después de la Corte](#), Dejusticia, 8. April 2022.

### 6.1.3.2. Investitionsschutzklage der Unternehmen

Die Umsetzung des Urteils wurde möglicherweise zusätzlich dadurch behindert, dass die damaligen Anteilseigner von Carbones del Cerrejón, Anglo American und Glencore<sup>78</sup>, **Mitte 2021 Klage gegen Kolumbien erhoben wegen der Verletzung von Pflichten aus einem bilateralen Investitionsschutzabkommen**<sup>79</sup> (BIT).<sup>80</sup> Wie im internationalen Investitionsrecht üblich, wurden die Verfahren als Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) vor einem Schiedsgericht des International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) eingeleitet.<sup>81</sup> Solche Investitionsschutzabkommen sollen regelmäßig dafür Sorge tragen, dass ausländische Investitionen vor Eingriffen des Gaststaates geschützt werden. Der Wunsch, ausländische Investitionen anzuziehen, veranlasst insbesondere ärmere Länder dazu, Investitionsabkommen abzuschließen, die ein besonders günstiges Investitionsklima schaffen.<sup>82</sup> Angesichts **meist hoher drohender Schadensersatzsummen wird von einem „regulatory chill“ oder „chilling effect“** gesprochen, wenn beschrieben wird, dass sich ein (drohendes) Verfahren vor einem Investitionsschiedsgericht auf die Entscheidungsfindung staatlicher Akteure auswirkt.<sup>83</sup> Aktivisten behaupten, dass auch im Fall um den Arroyo Bruno sich ein deutlicher „chilling effect“ verzeichnen lässt und die kolumbianische Regierung den Steinkohleunternehmen bereits inoffiziell zugesichert habe, dass sie das Urteil des Verfassungsgerichts nicht befolgen müssten.<sup>84</sup> Nach der Klageerhebung durch Glencore und Anglo American kam nach Angaben von der Organisation „Global Justice Now“ der Abschlussbericht

- 
- 78 Glencore ist ein multinationales Schweizer Unternehmen und mittlerweile einzige Anteilseignerin von Carbones del Cerrejón. Bis zum Verkauf der Anteile durch Anglo American und BHP Anfang 2022 hielten die drei Unternehmen gleiche Anteile an Carbones del Cerrejón, vgl. MarketScreener, [Glencore plc \(LSE:GLEN\) completed the acquisition of a 66.6% stake in Carbones del Cerrejon Limited from Anglo American pls \(LSE:AAL\) and BHP Group \(ASX:BHP\)](#), 11. Januar 2022.
- 79 Global Justice Now, [Colombian courts must not be undermined by shadowy international tribunals, say campaigners](#), 13. September 2022.
- 80 Bilaterale Investitionsschutzabkommen (BIT) sind Verträge zwischen Staaten, die vor allem ausländische Investoren schützen. Viele BITs enthalten Klauseln, die im Streitfall zwischen ausländischen Investoren und einem Staat die Beilegung durch ein internationales Schiedsgericht vorsehen, siehe Gazzini, *Bilateral Investment Treaties*, in: ders./De Brabandere (Hrsg.), *International Investment Law*, 2012, S. 99-132 (106 f.).
- 81 International Centre for Settlement of Investment Disputes, [Glencore International A.G. v. Republic of Colombia \(ICSID Case No. ARB/21/30\)](#); International Centre for Settlement of Investment Disputes, [Anglo American plc. V. Republic of Colombia \(ICSID Case No. ARB/21/31\)](#); vgl. *Lauterpacht*, in: Schreuer et al. (Hrsg.), *The ICSID Convention: A Commentary*, 2. Aufl. 2009, Foreword, S. x.
- 82 Schreuer, [Investments, International Protection](#), Max Planck Encyclopedias of International Law [MPIL], Juni 2013.
- 83 Prieto-Rios et al., [Foreign concerns: the impact of international investment law on the ethnic-based land restitution programme in Colombia](#), in: *The International Journal of Human Rights*, Vol. 27, No. 1 2023, S. 1-21 (9 f.); zum „regulatory chill“ siehe auch Brown, [International Investment Agreements: Regulatory Chill in the Face of Litigious Heat](#), in: *Western Journal of Legal Studies*, Vol. 3, No. 1 2013, S. 1-25.
- 84 Global Justice Now, [Investigating the Impact of Corporate Courts on the Ground](#).



der vom Verfassungsgericht angeordneten Arbeitsgruppe Anfang 2022 zu dem Ergebnis, dass eine Fortsetzung des Bauprojektes in El Cerrejón möglich sei.<sup>85</sup>

## 6.2. Aufarbeitung von paramilitärischer Gewalt

Ende des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts kam es in El Cerrejón vermehrt zu Menschenrechtsverletzungen, insbesondere zu Übergriffen von Paramilitärs auf Gewerkschaftler. Speziell das US-Amerikanische Unternehmen Drummond steht diesbezüglich insbesondere bei NGOs<sup>86</sup> aber auch z.T. bei Nachwuchswissenschaftlern<sup>87</sup> in der Kritik, streitet jedoch alle Vorwürfe ab.<sup>88</sup> **Drummond wird insbesondere vorgeworfen, in Morde von mehreren Gewerkschaftlern im Jahr 2001 involviert gewesen zu sein. Verschiedene Gerichtsverfahren in den USA in den 2000er bezüglich Drummonds Verstrickungen in paramilitärische Aktivitäten waren jedoch erfolglos.**<sup>89</sup> Drummond verklagte aber einen Anwalt, der die gegnerische Seite in diesen Gerichtsverfahren vertreten hatte, mit der Begründung, dass der Anwalt Drummond mit kriminellen Mitteln erpresen wolle, einen kostspieligen Vergleich abzuschließen.<sup>90</sup> Dem Business & Human Rights Resource Centre zufolge hatte der besagte Anwalt nämlich in einem der ursprünglichen Verfahren Zahlungen an Zeugen geleistet und diese nicht offen gelegt.<sup>91</sup> **Mittlerweile sind Drummond-Führungskräfte auch ins Visier der kolumbianischen Justiz geraten.** Die kolumbianische Generalstaatsanwaltschaft erhob Medienberichten zufolge im Dezember 2022 gegen Drummond-Füh-

---

85 Global Justice Now, [Colombian courts must not be undermined by shadowy international tribunals, say campaigners](#), 13. September 2022.

86 Moor & van de Sandt, [The Dark Side of Coal](#), Pax, Juni 2014.

87 Gilbertson, [Compensating for Development at the In-between and Edges of Extractive Capitalism: Socionature and Capitalism: Socionature and Culture and Cultural Erasure in the in the Northeast Caribbean Colombian Coal Mining Region](#), University of Tennessee, Doctoral Dissertations, August 2020, S. 88 f.

88 Drummond Company Inc., [Open Letter in Response to the Report the Dark Side of Coal: Paramilitary Violence in the Mining Region of Cesar, Colombia Published By Pax, The Netherlands](#).

89 Corporate Accountability Lab, [21 Years of Corporate Impunity – The Systematic Attempt to Eliminate a Union’s Leadership in Colombia](#), 24. Mai 2022.

90 Chavkin, [Running a Racket](#), The Intercept, 16. Dezember 2021.

91 Business & Human Rights Resource Center, [Drummond v Collingsworth Order](#), 7. Dezember 2015.

rungskräfte Anklage wegen Finanzierung der paramilitärischen Gruppe, die besagte Gewerkschaftler ermordet hatte.<sup>92</sup> Drummond bestreitet weiterhin jegliche Beteiligung an den Morden und geht davon aus, dass die Führungskräfte freigesprochen werden.<sup>93</sup>

Auch gegen Glencores Tochterunternehmen Prodeco gibt es Beschuldigungen in Kontakt mit Paramilitärs gewesen zu sein. Allerdings sind diese weniger schwerwiegend als die gegen Drummond erhobenen Vorwürfe.<sup>94</sup> Der NGO Pax zufolge war Glencore auch an einem offeneren Austausch mit der NGO in Bezug auf die Vorwürfe als Drummond interessiert.<sup>95</sup> Das Unternehmen spricht in seiner Eigendarstellung online von seinem Ziel, zur Friedensförderung in Kolumbien beizutragen.<sup>96</sup>

Das deutsche Energieunternehmen EnBW bescheinigte 2019 den **in Kolumbien tätigen Energieunternehmen wenig Interesse, an der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und eventuellen eigenen Verwicklungen in paramilitärische Aktivitäten beizutragen**. So heißt es in einem Bericht von EnBW:

“Yet, there is limited willingness to discuss the potential involvement of the mining companies in past violence and the presence of paramilitary groups in the mining area. These developments do not contribute to an improvement of the overall situation.”<sup>97</sup>

Nach Informationen des AA werden „die Beziehungen zwischen Privatunternehmen und Paramilitärs [...] auch von der **Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP)** untersucht, die mit dem Friedensabkommen von 2016 geschaffen wurde, um die Verbrechen aller Akteure des bewaffneten Konflikts in [Kolumbien] aufzuklären.“<sup>98</sup>

Der Nachwuchswissenschaftler Wesche weist im Zusammenhang mit der Strafverfolgung von Wirtschaftsakteuren zudem darauf hin, dass es verschiedenste Hürden, wie die wirtschaftliche und politische Macht der Unternehmen oder die Infiltrierung von Staatsanwaltschaften durch Paramilitärs, gebe.<sup>99</sup>

---

92 *Cleek et al.*, [3 Union Leaders Were Shot Dead and Colombia Says an American Company Financed Their Killers](#), Vice, 21. April 2021; *Suhner*, [Manager von US-Konzern in Kolumbien wegen Finanzierung von Paramilitärs angeklagt](#), amerika21, 1. Februar 2021; PAX, [Top-level Drummond managers charged with financing paramilitaries](#), 12. Januar. 2021.

93 Drummond Ltd. Colombia, [Statement on investigation](#).

94 *Moor & van de Sandt*, [The Dark Side of Coal](#), Pax, Juni 2014, S. 102 f.

95 *Moor & van de Sandt*, [The Dark Side of Coal](#), Pax, Juni 2014, S. 91 ff.

96 Glencore Schweiz, [Friedensförderung in Kolumbien](#), 31. März 2022.

97 EnBW, [Buying Coal from Colombia Taking stock of 6 years of engagement 2012–2018](#), 2019, S. 10.

98 Informationen von AA vom 4. April 2023, [Hervorhebungen durch die Verf.].

99 *Wesche*, Business Actors, [Paramilitaries and Transitional Criminal Justice in Colombia. in: International Journal of Transitional Justice](#), 2019, 13, 478–503 (488 ff.).

### 6.3. Bemühungen des Minenbetreibers zur Verminderung von negativen Auswirkungen in jüngerer Vergangenheit

Nach **Erkenntnissen des AA** hat der Minenbetreiber gerade in der jüngeren Vergangenheit vermehrt den Kontakt zu indigenen Gruppen gesucht und macht Ausgleichs- und Wiedergutmachungsangebote. Das AA führt dazu aus:

„Die Kohleförderung in La Guajira und Cesar hatte vor allem in der 1990er Jahren in der Zeit des Bürgerkriegs immer wieder Kritik hervorgerufen durch Zwangsumsiedlungen von Angehörigen von ethnischen Gruppen und durch Umweltschäden (u.a. Wasserentzug, Luftverschmutzung, Entwaldung) und Menschenrechtsverletzungen.

Der Fall der Mine El Cerrejón in Guajira ist der Deutschen Botschaft aus direkten Kontakten und von Ortsbesuchen der letzten Jahre bekannt. Nach einer Serie von Gerichtsentscheidungen zu Entschädigungspflichten und Umweltauflagen für die Mine und nach einem internen Kulturwandel des Unternehmens **im Lauf der letzten 10-15 Jahre engagiert sich die Mine jetzt nachdrücklich im Dialog mit den Indigenen-Gruppen**, schließt z. B. mit einzelnen Clans Abmachungen über Produktivprojekte (u.a. Baumschulen, deren Pflanzen bei der Wiederaufforstung zum Einsatz kommen), finanziert Krankenstationen und/oder Schulen. **Die Grube kooperiert seit mehreren Jahren proaktiv mit den 400 betroffenen Gemeinden der Indigenen wie der nicht-Indigenen Bevölkerung. Diese Ausgleichs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen werden von der Mine heute allen betroffenen Gemeinden angeboten. El Cerrejon hat bereits mit 198 (Stand Juni 2022) Gemeinden Vereinbarungen über Unterstützungs- und Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen, die derzeit umgesetzt werden.** Die Mine strebt weitere freiwillige Vereinbarungen an.

Darüber hinaus stellt El Cerrejón Luftmesswerte der Grube online, renaturiert Flussläufe (u.a. einen in der Kritik immer wieder erwähnten Zufluss zum Rio Ranchero, den Bach Bruno), entnimmt dem Flusssystem eigenen Angaben nach (netto) kein Wasser mehr und plant vor allem, **anders als immer wieder gemeldet, keine Ausweitung der Grube, um eine mögliche zusätzliche Nachfrage aus Deutschland zu bedienen.** Vielmehr gebe es lediglich Verschiebungen unter den Abnehmern der Kohle, die größtenteils durch langfristige Verträge gebunden sind. Eine erneute Umsiedlung von Dörfern oder eine stärkere Nutzung der Ressourcen vor Ort sei weder geplant noch zu erwarten.

**Dennoch gibt es weiterhin Kritik an El Cerrejon wegen bestimmter Defizite und Menschenrechtsprobleme**, die sich z.B. in Umsiedlungen und Gesundheitsproblemen der indigenen Gemeinschaften und aus ihrer Sicht einem fehlenden ausreichenden Dialog [...] äußern. **Die Vielfalt von 400 Gemeinden und zahlreichen Interessengruppen macht die Lösungsfindung im Einzelfall oft schwierig.**

**Die Mine ihrerseits verweist darauf, dass viele Defizite in der Region im öffentlichen Verantwortungsbereich liegen und nicht der Mine zuzurechnen sind. Es gibt in der sehr armen und trockenen Region in der Tat viele von der Mine unabhängige Probleme der öffentlichen Gesundheit und im Umweltbereich.** Die verbreitete Haltung von Ziegen zerstört z. B. die karge lokale Vegetation und führt zu zusätzlicher Austrocknung der Böden, was die hohe Staubentwicklung begünstigt. Das gleiche gilt für den Reisanbau oberhalb der Mine, der wegen des hohen Wasserverbrauchs, Düngemittel- und Pestizideinsatz ebenfalls negative Umweltauswirkungen hat. **Die Mine verweist auch darauf, dass von Amtsträgern in der Verwaltung der Region nicht selten öffentliche Mittel aus dem Kohlebergbau unterschlagen wurden (Lizenzgebühren für Kohleabbau, sog. Regalias), die**

**eigentlich den Gemeinden zukommen sollten und für die die Mine jetzt erneut haftbar gemacht werde.**<sup>100</sup>

#### 6.4. Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen auf supranationaler Ebene

Verschiedene internationale Organisationen haben sich in den letzten Jahrzehnten mit Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Bergbau in El Cerrejón beschäftigt. Von besonderer Bedeutung sind dabei die **Interamerikanische Kommission** (6.4.1.) sowie die „**national contact points**“ (**folgend: NCPs**) **der OECD**, welche Beschwerden in Bezug auf OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (im Folgenden: OECD-Leitsätze)<sup>101</sup> entgegennehmen (6.4.2). Zudem hat auch der **Sachverständigenausschuss der ILO** bezüglich des Übereinkommens über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169) sich oft mit der Problematik der Achtung der Rechte der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit Bergbau auseinandergesetzt (6.4.3). Darüber hinaus werden Hoffnungen auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in das kürzlich von Kolumbien ratifizierte **Abkommen von Escazú** gesetzt (6.4.4.).

##### 6.4.1. Interamerikanische Kommission für Menschenrechte

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (folgend: IAKMR) ist ein autonomes Organ der Organisation Amerikanischer Staaten. Zu ihren Aufgaben gehört es sogenannte „Petitionen“ („petitions“)<sup>102</sup>, die jedermann nach Erschöpfung des nationalen Rechtswegs einreichen kann,<sup>103</sup> zu bearbeiten.<sup>104</sup> Die IAKMR kann im Rahmen des „Petitionsverfahrens“ feststellen, ob ein Staat, bestimmte Menschenrechte verletzt hat und kann Empfehlungen abgeben.<sup>105</sup> Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Kommission zudem einen Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof verweisen.<sup>106</sup>

Aufgrund diverser erfolgloser Versuche, ihre Rechte gegenüber verschiedenen staatlichen Institutionen geltend zu machen<sup>107</sup>, wandten sich die Wayúu im Februar 2015 mit einer „Petition“ an

---

100 Informationen von AA vom 4. April 2023, [Hervorhebungen durch die Verf.].

101 OECD, [OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen](#).

102 Zum Petitionssystem bei der IAKMR siehe: Inter-American Commission on Human Rights, [Information Booklet Petitions and Case System](#).

103 Inter-American Commission on Human Rights, [Information Booklet Petitions and Case System](#), S. 14.

104 Organization of American States, [What is the IACHR](#).

105 Inter-American Commission on Human Rights, [Information Booklet Petitions and Case System](#), S. 8.

106 Inter-American Commission on Human Rights, [Information Booklet Petitions and Case System](#), S. 10.

107 Die Wayúu wurden teilweise sogar aktiv davon abgehalten, Carbones de Cerrejón zu verklagen. Dazu *McKenzie/Cohen*, Death and Displacement: A USAID Export, in: North American Congress on Latin America - Report on the Americas, Vol. 50, No. 2 2018, S. 128-138 (129).

die IAKMR, um zu erreichen, dass der kolumbianische Staat von der IAKMR zum Erlass von Schutzmaßnahmen aufgefordert wird.<sup>108</sup> Im **Dezember 2015** kam die IAKMR in ihrer Resolution 60/2015 zu dem Schluss, dass der **kolumbianische Staat vorbeugende Maßnahmen treffen solle, um den Schutz der gefährdeten Menschen zu gewährleisten und insbesondere der Unterernährung und Krankheit der Kinder** entgegenzuwirken.<sup>109</sup> Zudem forderte die Kommission den kolumbianischen Staat auf, den betroffenen Gemeinschaften so bald wie möglich dauerhaften Zugang zu **ausreichend sauberem Trinkwasser** zu gewährleisten.<sup>110</sup> Auch in Nachfolgeresolutionen<sup>111</sup>, die etwa speziell auf die Situation schwangerer oder älterer Menschen gerichtet waren, forderte die Kommission in den Jahren 2017 bis 2021 den kolumbianischen Staat auf, deren Situation zu verbessern.<sup>112</sup> **Vertreter der Wayúu haben jedoch beklagt, dass der kolumbianische Staat diese Maßnahmen nicht umsetzt** und dass sich die humanitäre Situation nicht zuletzt aufgrund der COVID-19-Pandemie weiter verschlechtert habe.<sup>113</sup> Daraufhin haben sie im Juni 2021 bei der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte einen Antrag gestellt, ihren **Fall an den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte zu verweisen**.<sup>114</sup>

#### 6.4.2. OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen

„Bei den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen handelt es sich um Empfehlungen der Regierungen an die multinationalen Unternehmen, die in oder von den Teilnehmerstaaten aus operieren. Sie enthalten nicht rechtsverbindliche Grundsätze und Maßstäbe für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln in einem globalen Kontext, das dem geltenden Recht und international anerkannten Normen entspricht.“<sup>115</sup>

Trotz ihrer **rechtlichen Unverbindlichkeit für die Unternehmen gibt es für die OECD-Leitsätze eine Art Überwachungsmechanismus**. Nach diesem in Kapitel 2 der OECD-Leitsätze niedergelegten Mechanismus sind die Staaten verpflichtet, NCPs ins Leben zu rufen, bei denen Beschwerden

- 
- 108 Vgl. *Sáchica Moreno*, [Cómo llegó el caso Wayúu a la CIDH](#), Las 2 Orillas, 11. Juni 2015; Resolución 60/2015, Comisión Interamericana de Derechos Humanos, 11. Dezember 2015.
- 109 *Avilés*, [The Wayúu tragedy: death, water and the imperatives of global capitalism](#), in: Third World Quarterly, Vol. 40, No. 9 2019, S. 1750-1766 (1760).
- 110 *Avilés*, [The Wayúu tragedy: death, water and the imperatives of global capitalism](#), in: Third World Quarterly, Vol. 40, No. 9 2019, S. 1750-1766 (1760).
- 111 Comisión Interamericana de Derechos Humanos, [Resolución 3/2017](#), 26. Januar 2017; Comisión Interamericana de Derechos Humanos, Resolución 51/2017, 1. Dezember 2017; Comisión Interamericana de Derechos Humanos, [Resolución de Medidas Cautelares 99/2021](#), 1. Dezember 2021.
- 112 Organization of American States, [IACHR Issues Follow-Up Resolution on Precautionary Measures in Favor of Protected Groups of the Wayúu Indigenous People in Colombia](#), 3. Dezember 2021.
- 113 SWI swissinfo.ch, [Los indígenas wayúu piden llevar la crisis en La Guajira a la Corte IDH](#), 29. Juni 2021.
- 114 SWI swissinfo.ch, [Los indígenas wayúu piden llevar la crisis en La Guajira a la Corte IDH](#), 29. Juni 2021.
- 115 OECD, [OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen](#), Ausgabe 2011, S. 3.

über Verstöße gegen die Leitsätze entgegengenommen werden.<sup>116</sup> Bei der Ausgestaltung der NCPs haben die Mitgliedsstaaten viele Freiheiten.<sup>117</sup> Gemein ist ihnen jedoch, dass die Beteiligung an ihrem Verfahren freiwillig ist und die NCPs nicht befugt sind, Abhilfemaßnahmen festzusetzen. Sie können lediglich Empfehlungen aussprechen sowie entscheiden, ob ein Unternehmen die OECD-Leitsätze verletzt hat. Ferner können sie Mediationsverfahren durchführen.<sup>118</sup> Die Möglichkeit Beschwerden bei NCPs einzureichen, wurde von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Bezug auf in El Cerrejón agierende Energieunternehmen genutzt.

Nach **einer Beschwerde über BHP Billiton im Jahr 2007 wurde ein Mediationsverfahren durch den australischen NCP** durchgeführt.<sup>119</sup> Das Verfahren hat der Nachwuchswissenschaftlerin Banks zufolge gemeinsamen mit einem im selben Zeitraum veröffentlichten Buch Cerrejóns Ruf als eine verantwortungsvoll geführte Bergbauminne bedroht<sup>120</sup> und möglicherweise zu Verbesserungen bei Umsiedlungen beigetragen.<sup>121</sup>

Im **Januar 2021 wurden von einem Zusammenschluss unterschiedlicher Organisationen Beschwerden bei den NCPs in Irland, der Schweiz, Australien und Großbritannien gegen verschiedene Unternehmen zu u.a. umwelt- und menschenrechtlichen Belangen im Zusammenhang mit der El Cerrejón-Mine** eingereicht. Das Verfahren wurde in Irland nicht weiterverfolgt, da das fragliche Unternehmen seine Geschäftstätigkeit eingestellt hat.<sup>122</sup> Die NCPs des Vereinigten Königreichs sowie von Australien haben in ihren *Initial Assessments* vorgeschlagen, ein einziges Mediationsverfahren vor dem schweizerischen NCP zu führen.<sup>123</sup> Der schweizerischen NCP hat das Verfahren mittlerweile abgeschlossen. **Die federführende Organisation GLAN brach das vom**

---

116 Epping, in: Ipsen, Völkerrecht, 7. Aufl. 2018, § 11 Rn. 17; der deutsche NCP ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz angesiedelt, siehe dazu: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, [Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze \(NKS\)](#).

117 OECD, [What are National Contact Points for Responsible Business Conduct ?](#).

118 OECD, [How do NCPs handle cases ?](#).

119 OECD, [Mining and quarrying in Colombia](#).

120 Banks, [Rising from the Ashes: Remaking Community Around Conflict and Coal](#), Dissertation, 8. Mai 2020, S. 95.

121 Vgl. Banks, [Rising from the Ashes: Remaking Community Around Conflict and Coal](#), Dissertation, 8. Mai 2020, S. 95 ff; Australian National Contact Point, [Statement made by the Australian National Contact Point BHP Billiton – Cerrejon Coal Specific Instance](#), 12. Juni 2009.

122 Ireland National Contact Point under the OECD Guidelines for Multinational Enterprises, [Statement by the Ireland National Contact Point under the OECD Guidelines for Multinational Enterprises Specific Instance Complaint against CMC Coal Marketing DAC](#).

123 UK National Contact Point, [Initial assessment: Global Legal Action Network complaint to the UK NCP about Anglo America](#), 10. Januar 2022; Australian National Contact Point for the OECD Guidelines for Multinational Enterprises, [Initial Assessment, Complaint by Global Legal Action Network \(GLAN\) against Anglo American Plc, BHP Group Ltd and Glencore International](#), 10. Januar 2022.

---

### **schweizerischen NCP angestrebte Mediationsverfahren ab und der Zusammenschluss der Organisationen zeigte sich sehr enttäuscht von dem Verfahren.<sup>124</sup>**

Der schweizerische NCP sprach am Ende des Verfahrens folgende Empfehlungen aus:

- “Glencore, as the sole owner of the Cerrejón coal mine since early 2022, should maintain a dialogue with all stakeholders including the submitting Party, its supporting NGOs and further local interested groups (e.g. representatives from affected Wayúu and afro-Colombian communities) on issues alleged in the submission, some of which date from a long time ago;
- Glencore, as the sole owner of the Cerrejón coal mine since early 2022, should ensure that its due diligence policies and measures foster a responsible business conduct at Cerrejón;”<sup>125</sup>

#### 6.4.3. Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO 169)

Das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (folgend: ILO 169)<sup>126</sup> ist das 169. Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und wurde von Kolumbien 1991 ratifiziert.<sup>127</sup> Da insbesondere eingeborene Völker vom Bergbau in El Cerrejón betroffen sind, soll an dieser Stelle **die Einhaltung der ILO 169 durch Kolumbien anhand ILO-eigener Normüberwachungsmechanismen** erörtert werden.<sup>128</sup>

**Bergbau wird vom Sachverständigenausschuss sowohl in seinen „observations“ als auch seinen „direct requests“ betreffend Kolumbien regelmäßig thematisiert**, auch wenn der Bergbau in La Guajira und Cesar kaum speziell erwähnt wird.<sup>129</sup> So kritisierte der Sachverständigenausschuss beispielsweise 2009 mit Blick auf den Bergbau und das „Mandé Norte project“, dass die durch die ILO 169 vorgeschriebene Konsultation der betroffenen Gemeinschaften nicht erfolgt sei.<sup>130</sup> Zudem verlangte der Sachverständigenausschuss regelmäßig – so auch in seinem letzten „direct

---

124 AIDA, [Swiss OECD Point of Contact calls on Glencore to comply with due diligence on coal mine in Colombia](#), 22. Dezember 2022; Schweizerische Eidgenossenschaft State Secretariat for Economic Affairs SECO, [Information on Specific Cases](#), Final Statement on Glencore – Global Legal Action Network, 20. Dezember 2022.

125 Schweizerische Eidgenossenschaft State Secretariat for Economic Affairs SECO, [Information on Specific Cases](#), Final Statement on Glencore – Global Legal Action Network, 20. Dezember 2022.

126 ILO, [Übereinkommen 169](#).

127 ILO, [Ratifications of C169 - Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\)](#).

128 Zu den verschiedenen Normüberwachungsmechanismen siehe: Internationale Arbeitsorganisation, [Normenkontrolle](#).

129 ILO, [Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) - Colombia \(Ratification: 1991\)](#).

130 ILO, [Observation \(CEACR\) - adopted 2009, published 99th ILC session \(2010\) Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) - Colombia](#); auch im Jahr 2012 verlangte der Sachverständigenausschuss mehr Informationen zu Bergbaukonflikten, siehe: ILO, [Observation \(CEACR\) - adopted 2012, published 102nd ILC session \(2013\) Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) – Colombia](#).

request“ 2019 – mehr Informationen bezüglich notwendiger Konsultationen in Bergbauprojekten.<sup>131</sup> Dies zeigt, **dass internationale Organisationen wie die ILO, die Herausforderungen und Probleme einhergehend mit dem kolumbianischen Bergbau durchaus kritisch wahrnehmen und kommentieren, auch wenn sie nicht zwingend über Mittel verfügen, um die kolumbianische Regierung zum Handeln zu bewegen.**

In diesem Zusammenhang sei auch angemerkt, dass Gewerkschaften gem. Art. 24, 25 der ILO Verfassung Verstöße Kolumbiens gegen die ILO 169 meldeten, welche nicht im Zusammenhang mit Bergbau standen. Kolumbien wurde daraufhin im Jahr 2001 aufgefordert, nationale Regelungen in Einklang mit der ILO 169 zu bringen.<sup>132</sup>

#### 6.4.4. Abkommen von Escazú

Beim „Abkommen für den Zugang zu Information, die öffentliche Teilnahme und den Zugang zur Justiz in Angelegenheiten der Umwelt in Lateinamerika und der Karibik“, auch genannt „Abkommen von Escazú“, handelt es sich um **einen regionalen völkerrechtlichen Vertrag, der Umweltstandards sowie Informations- und Beteiligungsrechte der Bevölkerung** festschreibt.<sup>133</sup> Es trat im April 2021 in Kraft<sup>134</sup> und wurde im **Oktober 2022 vom kolumbianischen Kongress ratifiziert**.<sup>135</sup> Aufgrund dieser erst kürzlich durchgeführten Ratifikation kann derzeit noch keine Aussage über die Wirkungskraft des Abkommens für die Durchsetzungen von Menschenrechten in La Guajira und Cesar gemacht werden, auch wenn gerade Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten auf Verbesserungen durch dieses Abkommen hoffen. Dass es aufgrund der bereits dargestellten prekären Sicherheitslage und strukturellen Probleme bei der Durchsetzung von Urteilen auch bei der Implementierung des Abkommens Herausforderungen geben wird, liegt jedoch nahe.<sup>136</sup> Nach Informationen aus dem AA sind die zuständigen Institutionen derzeit damit beschäftigt, die Pro-

---

131 ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 2019, published 109th ILC session \(2021\) Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) – Colombia](#); ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 2015, published 105th ILC session \(2016\). Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) – Colombia](#), ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 2013, published 103rd ILC session \(2014\) Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) - Colombia](#); ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 2003, published 92nd ILC session \(2004\), Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\)](#); ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 1998, published 87th ILC session \(1999\) Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) – Colombia](#); ILO, [Direct Request \(CEACR\) - adopted 1995, published 83rd ILC session \(1996\), Indigenous and Tribal Peoples Convention, 1989 \(No. 169\) – Colombia](#).

132 ILO, [REPRESENTATION \(article 24\) - COLOMBIA - C169 – 2001 Central Unitary Workers' Union \(CUT\)](#); ILO, [REPRESENTATION \(article 24\) - COLOMBIA - C169 – 2001 Central Unitary Workers' Union \(CUT\), Colombian Medical Trade Union Association](#).

133 Friedrich-Ebert-Stiftung, [Prima fürs Klima und echte Rechte: Lateinamerikas Escazú-Abkommen](#), 2021.

134 Friedrich-Ebert-Stiftung, [Prima fürs Klima und echte Rechte: Lateinamerikas Escazú-Abkommen](#), 2021.

135 Reuters, [Colombia's Congress ratifies Escazu international agreement for the environment](#), 11. Oktober 2022.

136 Vgl. Al Jazeera, [Colombia's signing of Escazu accord brings hope to land defenders](#), 11. November 2022.



tokolle und die Verwaltungsverfahren im Umweltbereich an die Anforderungen des Escazú-Abkommens anzupassen, „aber bisher ist nicht klar, was sich ändern wird, vor allem in Bezug auf den Zugang zu Informationen und zur Justiz.“<sup>137</sup>

## 7. Einhaltung des Rechts auf Konsultation

Sowohl nationale als auch internationale Rechtsquellen verlangen, dass in Kolumbien indigene Gruppen vor bestimmten sie betreffende Maßnahmen konsultiert werden.<sup>138</sup> Nach Erkenntnissen des AA wird das **Recht auf Konsultation ethnischer Gruppe in den vom Steinkohleabbau betroffenen Regionen in La Guajira und Cesar prinzipiell eingehalten**. Das AA führt dazu aus:

„Nichtdestotrotz ist die **Regelung dieser Konsultation im [kolumbianischen] Rechtssystem stark verbesserungsbedürftig**.

Es fehlt eine klare Regelung für Konsultationen, da diese nur durch Richtlinien des Präsidenten und nicht durch ein Gesetz geregelt sind. [...]

Wenn ein Bergbauprojekt für ein Grundstück, das einem indigenen Volk oder einer afrokolumbianischen Gemeinschaft gehört, als im öffentlichen Interesse liegend erklärt wird, muss zwingend ein Konsultationsverfahren durchgeführt werden. Entsprechend muss der [kolumbianische] Staat (Innenministerium) die Existenz ethnischer Völker anerkennen (wie es bei den angestammten Gebieten des Yukpa-Volkes in Cesar vs. Glencore-Prodeco dank eines Gerichtsurteils der Fall war). Da eine fehlende Anerkennung eine Konsultation unnötig macht, sollte die Regierung eine ethnische Volkszählung in den Gebieten durchführen und anerkennen, welche Gebiete ihr Eigentum sind und welche nicht.“<sup>139</sup>

## 8. Übernahme von Ewigkeitskosten durch kohlefördernde Unternehmen

Neben straf-, zivil- und verwaltungsrechtlichen Vorschriften und der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu Umweltauflagen, die von den Unternehmen laut Aussage des AA respektiert werden, gibt es **nach Kenntnis des AA keine weiteren spezifischen Rechtsvorschriften zu Ewigkeitskosten**.<sup>140</sup> Das AA ergänzt jedoch zu den Ewigkeitskosten:

---

137 Informationen von AA vom 4. April 2023.

138 *Góngora-Mera*, [Symposium: Prior consultation in Latin America – The Case of Colombia: Prior Consultation in Colombia: Paradoxes of Inclusion through Tribalization](#), Völkerrechtsblog, 4. Januar 2016.

139 Informationen von AA vom 4. April 2023, [Hervorhebungen durch Verf.].

140 Zu Ewigkeitskosten im Bergbau siehe z.B.: *Leue*, [Ende des Steinkohleabbaus - Die Ewigkeitskosten nach der Zerschließung](#), Deutschlandfunk, 5. Juni 2018.

„In [Kolumbien] ist dies jedoch politisch ein zunehmend wichtiges Thema. Neben den Nationalen Aktionsplänen (2015 und 2020) wurden auch die Guías Colombia (Kolumbien-Leitlinien) entwickelt und derzeit wird darüber diskutiert, in naher Zukunft ein Gesetz über die Sorgfaltspflicht im Bereich der Menschenrechte zu verabschieden.“<sup>141</sup>

## 9. Fazit

Der Kohlebergbau ist einer der wichtigsten Sektoren für die kolumbianische Wirtschaft. Eine der größten Minen ist die Cerrejón-Mine in La Guajira.<sup>142</sup> **In den letzten Jahrzehnten stand die Cerrejón-Mine immer wieder in Kritik wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesundheit und Wasserversorgung der Anwohner sowie nicht zuletzt wegen mit dem Kohleabbau im Zusammenhang stehender Gewalt, Vertreibung und sogar Tötungen.**

Insbesondere dem Unternehmen Drummond wird vorgeworfen in **paramilitärische Aktivitäten** inklusive Ermordung von drei Gewerkschaftsführern verwickelt gewesen zu sein, wobei dies bislang in Gerichtsverfahren nicht bewiesen wurde. Ferner wurden häufig Vorwürfe in Bezug auf Vertreibungen indigener Gruppen gegen die Unternehmen erhoben. Während Vertreibungen oder der Verkauf von Grundstücken durch die lokale Bevölkerung zu günstigen Preisen oftmals aufgrund von Druck geschahen, ist **nach kolumbianischen Recht auch eine legale Enteignung zur Durchführung von Bergbauprojekten möglich**. In diesen Fällen ist jedoch eine Entschädigung zu zahlen.

Hinsichtlich verschiedener Umwelt- und Gesundheitsproblematiken sowie in Bezug auf die Rechte indigener Völker sind **zahlreiche Gerichtsurteile – auch des kolumbianischen Verfassungsgerichts – ergangen**, in denen regelmäßig eine Verbesserung der vorherrschenden Umstände gefordert wurde. **Allerdings wurden diese Urteile häufig nicht oder nur teilweise umgesetzt**. Möglicherweise hängt dies mit von Kolumbien unterzeichneten Investitionsschutzabkommen und Klagen der internationalen Energieunternehmen zusammen. Schließlich tragen Investitionsschutzabkommen regelmäßig dafür Sorge, dass ausländische Investitionen vor Eingriffen des Gaststaates geschützt sind und sehen in der Regel hohe Schadensersatzsummen vor, wenn es zu Eingriffen des Gaststaates kommt. Nach Erkenntnissen des AA ist jedoch **bei dem Minenbetreiber in El Cerrejón ein Kulturwandel** zu beobachten. Der Betreiber ist nach Aussagen des AA bemüht mit den über 400 betroffenen Gemeinden der indigenen sowie die nicht-indigenen Bevölkerung zu kooperieren und hat bereits mit knapp 200 Gemeinden Vereinbarungen über Unterstützungs- und Ausgleichsmaßnahmen abgeschlossen.<sup>143</sup>

**Auch auf internationaler Ebene werden regelmäßig Menschenrechtsverletzungen und Auswirkungen auf die Umwelt zusammenhängend mit der Cerrejón-Mine thematisiert**. So haben UN-Menschenrechtsexperten im Jahr 2020 aufgrund der negativen Auswirkungen des Bergbaus auf

---

141 Informationen von AA vom 4. April 2023.

142 *González Pazos*, [Wie Steinkohle das Leben in Kolumbien verfinstert](#), amerika21, 24. April 2022.

143 Informationen von AA vom 4. April 2023.

---

die Umwelt und die Gesundheit der Menschen einen Bergbaustopp in El Cerrejón gefordert.<sup>144</sup> Zudem haben sich die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte, verschiedene „national contact points“ für die OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie der Sachverständigenausschuss der ILO 169 mit Bergbau in Kolumbien unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten auseinandergesetzt und der kolumbianische Staat wurde mehrfach zum Handeln aufgefordert.

Das AA geht zudem davon aus, dass die seit letztem Jahr amtierende Regierung Kolumbiens sich für Verbesserungen in Cesar und La Guajira einsetzen wird:

„In Anbetracht der politischen, ökologischen und sozialen Ausrichtung der derzeitigen Regierung ist zu erwarten, dass diese sich dafür engagieren wird, dass die Bedingungen der Kohleförderung in den Departements Cesar und La Guajira hohe Standards zum Schutz der Rechte der ethnischen Gemeinschaften in den betreffenden Gebieten einhalten.“<sup>145</sup> \* \* \*

---

144 United Nations. [UN expert calls for halt to mining at controversial Colombia site](#), 28. September 2020.

145 Informationen von AA vom 4. April 2023.